

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Bericht über die aktualisierten Stabilitäts- und Konvergenzprogramme 2005 der EU-Mitgliedstaaten

Inhaltsverzeichnis

| | Seite | |
|---|-------|---|
| I Einleitung | 1 | bilitäts- und Wachstumspakts ist und durch die Reform dieses Pakts geändert wurde, erstellen die Mitgliedstaaten, die den Euro eingeführt haben, Stabilitätsprogramme, die anderen Mitgliedstaaten Konvergenzprogramme. In den Programmen legen die Mitgliedstaaten unter anderem Informationen zur Entwicklung des Haushaltssaldos und der Staatsverschuldung, zu den makroökonomischen Annahmen ihrer Haushaltsplanungen und zu den wichtigsten finanz- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen vor. |
| II Überblick über die Stabilitätsprogramme | 2 | |
| III Zu den einzelnen Stabilitätsprogrammen | 4 | |
| IV Überblick über die Konvergenzprogramme | 7 | |
| V Zu den einzelnen Konvergenzprogrammen | 9 | |
| Anlage | 13 | Die jährlichen Aktualisierungen der Programme müssen bis zum 1. Dezember an die Europäische Kommission (KOM) bzw. den Rat der Wirtschafts- und Finanzminister (ECOFIN) übermittelt werden. Der Berichtszeitraum der jüngsten Programme umfasst zumindest die Jahre 2004 bis 2008. Einige Mitgliedstaaten haben auch Daten für 2009 geliefert. Die Bundesregierung hatte das aktualisierte deutsche Stabilitätsprogramm wegen der Neuwahlen erst am 22. Februar 2006 verabschiedet. |

I Einleitung

Mit Beginn der 3. Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) am 1. Januar 1999 sind die Geld- und Wechselkurspolitik aus der nationalen in die gemeinschaftliche Verantwortung übergegangen. Um realwirtschaftliche Verwerfungen innerhalb der WWU zu vermeiden und die Stabilität der gemeinsamen Währung zu sichern, sieht der EG-Vertrag eine verstärkte haushaltspolitische Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten der EU vor. Dazu gehört die Vorlage jährlich aktualisierter Stabilitäts- und Konvergenzprogramme durch die Mitgliedstaaten der EU. Nach der EG-Verordnung 1466/97, die Teil des Sta-

Die KOM analysiert die Programme im Hinblick auf die inhaltlichen und formalen Vorgaben, leitet ihre Bewertungen dem ECOFIN zu und veröffentlicht sie. Der ECOFIN hat auf seinen Tagungen im Januar, Februar und März 2006 die 25 Programme der Mitgliedstaaten erörtert und die entsprechenden Stellungnahmen verabschiedet. Auf der Website der Europäischen Kommission (http://europa.eu.int/comm/economy_finance/about/activities/sgp/main_en.htm) finden sich die Stabilitäts- und Konvergenzprogramme, die Bewertungen durch die Kommission und die Ratsstimmungen. Die Ratsstimmungen in deutscher Sprache stehen auf der Homepage des Bundesfinanzministeriums zur Verfügung (http://www.bundesfinanzministerium.de/lang_de/DE/Service/Downloads/Abt_E/Uebersicht_Ratsstimmungen.templateId=raw,property=publicationFile.zip). Alle Schaubilder in diesem Überblick basieren auf den Daten aus den Stabilitäts- und Konvergenzprogrammen der Mitgliedstaaten.

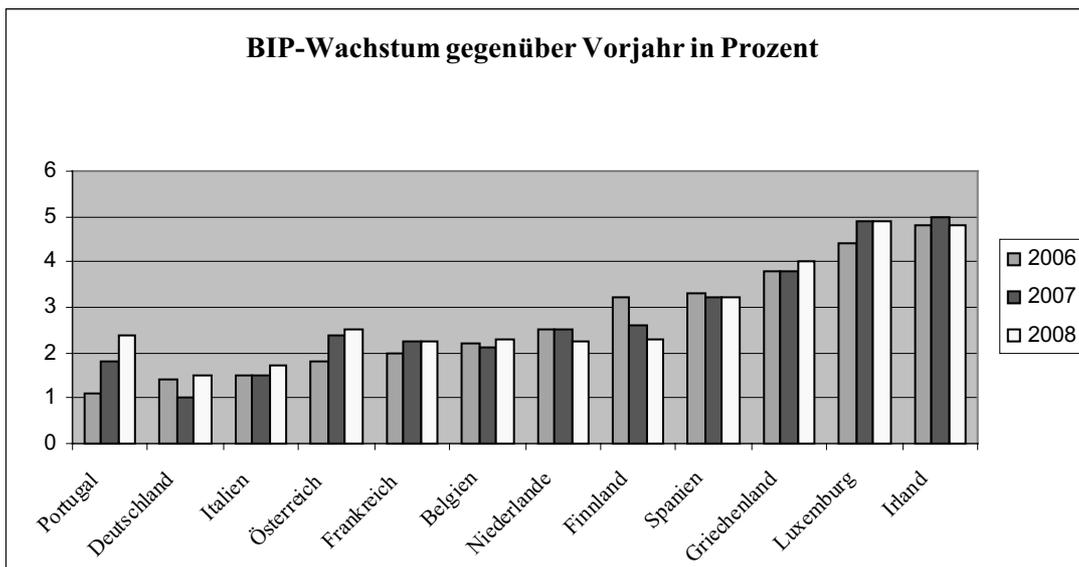
Zur Zeit bestehen zu zwölf Mitgliedstaaten der EU Entscheidungen des Rates, dass ein übermäßiges Defizit vorliegt. Darunter sind mit Deutschland, Frankreich, Italien, Griechenland und Portugal fünf Euroländer und sieben Nicht-Euro-Länder (Großbritannien, Polen, Tschechische Republik, Ungarn, Slowakei, Zypern und Malta). Mitgliedstaaten, die den Euro nicht eingeführt haben, können im Defizitverfahren nicht nach Artikel 104 Absatz 9 EG-Vertrag in Verzug gesetzt werden und ihnen drohen keine Sanktionen nach Artikel 104 Absatz 11 EG-Vertrag.

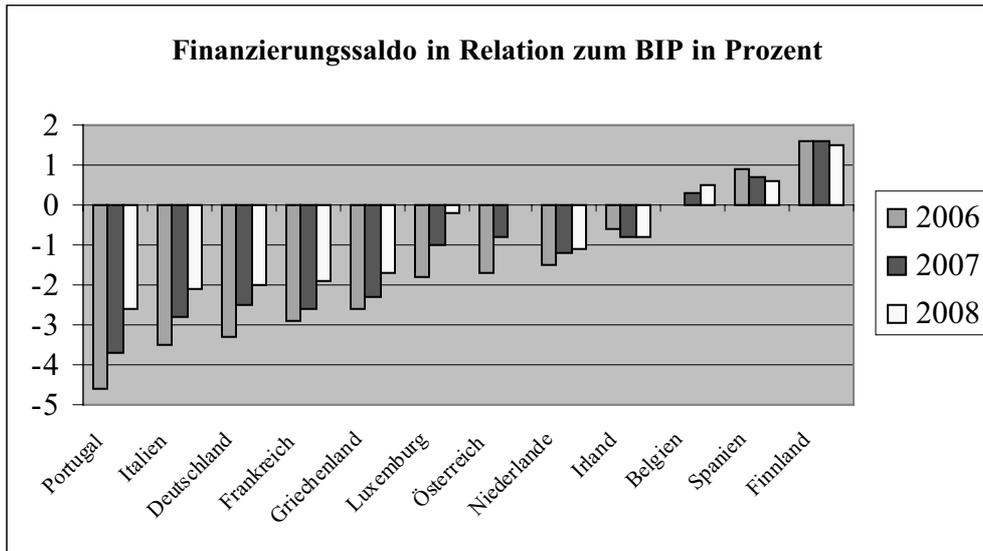
II Überblick über die Stabilitätsprogramme

Die meisten Euroländer erwarten nach einem schwächeren BIP-Wachstum im Jahr 2005 für das Jahr 2006 wieder ein kräftigeres Wachstum. Die einzige Ausnahme ist Spanien, das 2005 ein hohes BIP-Wachstum von 3,4 Prozent verzeichnen konnte und eine geringfügige Abschwächung auf 3,3 Prozent in 2006 prognostiziert. Die deutlichsten Verbesserungen in 2006 erwarten Italien (von 0 auf 1,5 Prozent) und die Niederlande (von 0,75 auf 2,5 Prozent). Die höchsten Wachstumsraten für 2006 enthalten die Programme von Irland (4,8 Prozent), Luxemburg (4,4 Prozent) und Griechenland (3,8 Prozent). Die Euroländer mit den niedrigsten Prognosen für das BIP-Wachstum für 2006 sind Portugal (1,1 Prozent), Deutschland (1,4 Prozent), Italien (1,5 Prozent) und Österreich (1,8 Prozent). Für das Jahr 2007 rechnen Frankreich, Österreich, Portugal, Irland und Luxemburg mit einer weite-

ren Wachstumsbelebung, während Deutschland und Finnland ein niedrigeres BIP-Wachstum für wahrscheinlich halten.

Die lange wirtschaftliche Schwächephase der letzten Jahre schlägt sich bei der Mehrzahl der Euroländer weiterhin in relativ hohen Defiziten der öffentlichen Haushalte nieder. Nur Finnland (1,6 Prozent des BIP) und Spanien (0,9 Prozent des BIP) prognostizieren für 2006 Überschüsse. Belgien erwartet einen ausgeglichenen Gesamthaushalt. Irland (-0,6 Prozent), Niederlande (-1,5 Prozent), Österreich (-1,7 Prozent) und Luxemburg (-1,8 Prozent) gehen von Defiziten von unter 2 Prozent des BIP aus. Griechenland erwartet für 2006 ein Defizit von 2,6 Prozent und Frankreich ein Defizit von 2,9 Prozent. Deutschland (-3,3 Prozent), Italien (-3,5 Prozent) und Portugal (-4,6 Prozent) gehen von einer Überschreitung des Maastricht-Referenzwertes in 2006 aus. In den beiden Folgejahren erwarten Frankreich und Griechenland einen Rückgang ihrer Defizite von etwa einem halben Prozentpunkt des BIP pro Jahr, Italien erwartet 2007 und 2008 Rückgänge von 0,7 Prozentpunkten. Österreich, Portugal und Luxemburg rechnen mit einem Defizitabbau von knapp 1 Prozentpunkt pro Jahr. Für Deutschland trifft dies für 2007 ebenfalls zu, für 2008 wird ein Rückgang um einen halben Prozentpunkt erwartet. Nur Finnland, Spanien, Belgien und Österreich weisen am Ende des Programmzeitraumes (2008) Überschüsse oder einen ausgeglichenen Haushalt aus.

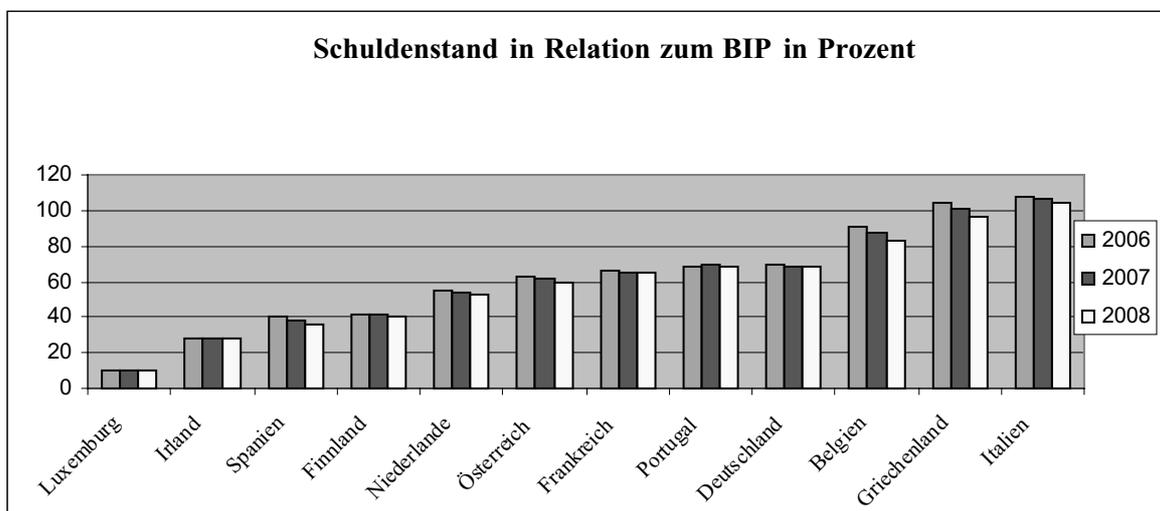




Mit Italien (108,0 Prozent), Griechenland (104,8 Prozent), Belgien (90,7 Prozent), Deutschland (69 Prozent), Portugal (68,7 Prozent) Frankreich (66,0 Prozent) und Österreich (63,1 Prozent) weisen sieben Euroländer für dieses Jahr erwartete Schuldenstandsquoten aus, die über dem Referenzwert des Maastricht-Vertrages von 60 Prozent des BIP liegen. Alle diese Länder gehen zwar von einem Rückgang ihrer Schuldenstandsquote in den kommenden Jahren aus, aber lediglich Österreich rechnet mit einer Unterschreitung des Referenzwertes innerhalb des Programmzeitraums (2008). Die niedrigsten Schul-

denstandsquoten unter den Euroländern weisen für 2006 Luxemburg (9,6 Prozent des BIP) und Irland (28,0 Prozent des BIP) aus.

Die Herbstprognose der Europäischen Kommission vom 17. November 2005 rechnete mit einem BIP-Anstieg für den Euro-Raum in 2006 von 1,9 Prozent und 2,1 Prozent in 2007. Die aggregierte Defizitquote des Euro-Raums würde demnach in 2006 und 2007 bei 2,8 Prozent des BIP liegen. Die Schuldenstandsquote des Euro-Raums sah die Herbstprognose für 2006 bei 71,7 Prozent und 2007 bei 71,8 Prozent des BIP.



III Zu den einzelnen Stabilitätsprogrammen

Deutschland

Dem Stabilitätsprogramm zu Folge soll das deutsche BIP 2006 um 1,5 Prozent und 2007 um 1 Prozent ansteigen. 2008 und 2009 wird sich das BIP-Wachstum voraussichtlich bei 1,75 Prozent einpendeln. Das Haushaltsdefizit wird für 2006 bei 3,3 Prozent des BIP gesehen. 2007 soll das Defizit mit 2,5 Prozent des BIP unter dem 3-Prozent-Kriterium liegen. In 2008 bzw. 2009 soll es auf 2 Prozent bzw. 1,5 Prozent fallen. Der Schuldenstand wird von 67,5 Prozent des BIP in 2005 auf 69 Prozent in 2006 steigen und danach wieder sinken: 68,5 Prozent in 2007, 68 Prozent in 2008 und 67 Prozent in 2009.

Der Rat fordert Deutschland auf, das Defizit bis spätestens 2007 auf glaubwürdige und nachhaltige Weise unter 3 Prozent des BIP zu bringen. Nach der Korrektur des übermäßigen Defizits sollte Deutschland seinen strukturellen Finanzierungssaldo um mindestens einen halben Prozentpunkt jährlich korrigieren. Die angekündigte Unternehmenssteuerreform soll die Konsolidierung nicht gefährden und die geplante Ausgabenbegrenzung rigoros umgesetzt werden. Des Weiteren soll die geplante Föderalismusreform durchgeführt werden, um zu gewährleisten, dass die Haushaltsziele auf allen staatlichen Ebenen erreicht werden. Das Defizitverfahren gegen Deutschland hat der Rat ebenfalls am 14. März 2006 durch Inverzugsetzen nach Artikel 104 Abs. 9 EG-Vertrag verschärft.

Frankreich

Für 2006 wird ein BIP-Wachstum von 2,0 Prozent bis 2,5 Prozent prognostiziert. Im Zeitraum 2007 bis 2009 soll das BIP um jährlich 2,25 Prozent zunehmen. Die Verbraucherpreise sollen in Frankreich in den kommenden Jahren weiter unter dem Durchschnitt der Eurozone liegen: Die Preissteigerungsrate soll 2006 leicht um 0,1 Prozentpunkte auf 1,8 Prozent sinken; ab 2007 wird eine jährliche Inflationsrate von 1,75 Prozent erwartet. Dem Programm zufolge wird das Haushaltsdefizit 2005 mit 3,0 Prozent des BIP wieder den Anforderungen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes entsprechen und in 2006 mit 2,9 Prozent diesen Wert noch leicht unterschreiten. Ab 2007 werden deutlichere Defizitabbauschritte erwartet, die 2009 zu einem Defizit von 1 Prozent des BIP führen sollen. Der öffentliche Schuldenstand wird voraussichtlich in 2006 leicht auf 66,0 Prozent ansteigen, um danach langsam auf 62,8 Prozent in 2009 zu sinken.

Der Rat begrüßt in seiner Stellungnahme die Tatsache, dass das französische Stabilitätsprogramm dem Schuldenabbau Priorität einräumt. Allerdings wurden auch Risiken für die Erreichung der Haushaltsergebnisse, insbesondere für 2006, gesehen. Bezüglich der langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen besteht für Frankreich nach Auffassung des Rates ein mittleres Risiko. Der Rat fordert Frankreich auf, die notwendigen Strukturanpassungen vorzunehmen, um das gesamtstaatliche Defizit in 2006 unter 3 Prozent des BIP zu senken, die langfristige Tragfähigkeit zu verbessern und die Ein-

haltung der ehrgeizigen Ausgabenobergrenzen sicherzustellen.

Das Defizitverfahren gegenüber Frankreich (Artikel 104 Abs. 7 EG-Vertrag) ruht derzeit. Mit einer Entscheidung über eine mögliche Aufhebung des Verfahrens ist frühestens nach der Defizitmeldung der französischen Regierung zum 1. April 2006 und nach der Frühjahrsprognose der Kommission Anfang Mai 2006 zu rechnen.

Italien

Die BIP-Wachstumsraten wurden gegenüber dem Vorjahresprogramm-Programm stark nach unten revidiert. Nach einem Nullwachstum in 2005 soll sich die Wirtschaft ab 2006 wieder erholen und das BIP-Wachstum auf 1,5 Prozent ansteigen. Die Defizitquote lag 2005 bei 4,3 Prozent des BIP. Das italienische Stabilitätsprogramm sieht einen Abbau des Defizits um etwa 0,8 Prozentpunkte des BIP jährlich vor (2006: 3,5 Prozent, 2007: 2,8 Prozent, 2008: 2,1 Prozent des BIP). Die Schuldenstandsquote, neben der griechischen weiterhin die höchste in der EU, ist von 106,5 Prozent in 2004 auf 108,5 Prozent des BIP in 2005 angestiegen und wird im gesamten Programmzeitraum nicht unter die 100 Prozent-Marke sinken. Die Inflationsrate wird für die kommenden Jahre auf leicht über 2 Prozent veranschlagt und liegt damit in etwa auf Eurozonen-Durchschnitt. Italien erwartet, unter anderem auch aufgrund der Reformen der letzten Jahre, einen weiteren Rückgang der Arbeitslosenquote von 7,7 Prozent in 2005 auf 7,3 Prozent in 2009.

Die im Programm enthaltenen Prognosen werden vom Rat und der KOM als plausibel angesehen. Der dargestellte Haushaltskonsolidierungskurs ist nach Auffassung des Rates konsistent mit den Auflagen des Defizitverfahrens. Allerdings sei die Umsetzung mit Risiken behaftet. In Bezug auf den Schuldenstand forderte der Rat, die Schuldenstandsquote schneller zu senken als bisher geplant. Am 28. Juli 2005 hatte der Rat ein übermäßiges Defizit in Italien förmlich festgestellt und eine Frist bis 2007 zur Rückführung unter die 3-Prozent-Grenze gesetzt.

Spanien

Das Programm prognostiziert für den Zeitraum bis 2008 ein gleich bleibend hohes Wachstum von etwa 3,2 Prozent (2005: 3,4 Prozent). Für 2005 wurde ein Haushaltsüberschuss von 1,0 Prozent berechnet, und auch in den folgenden Jahren soll der Finanzierungssaldo im positiven Bereich bleiben (0,9 Prozent in 2006, 0,7 Prozent in 2007 und 0,6 Prozent in 2008). Die Schuldenstandsquote, 2005 bei 43,1 Prozent des BIP gelegen, möchte Spanien bis zum Programmende auf 36 Prozent herunterführen. Das von Spanien selbst gesetzte mittelfristige Ziel eines ausgeglichenen strukturellen Haushalts geht über die Anforderungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts hinaus. Weiterhin sehr hoch bleibt allerdings mit 4,4 Prozent in 2005 die Inflationsrate. Sie soll jedoch bis 2008 auf 2,2 Prozent fallen. Die Arbeitslosenquote, die 1995 noch

bei 19 Prozent lag, betrug 2005 9 Prozent und wird laut Stabilitätsprogramm bis 2008 auf 7,8 Prozent sinken.

Der Rat bewertet die Haushaltspolitik Spaniens positiv. Zwar kritisiert er das sich erhöhende Leistungsbilanzdefizit, die geplanten Maßnahmen dagegen gingen aber in die richtige Richtung. Zur Stärkung der Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen fordert der Rat Spanien auf, die geplanten Sozialversicherungsreformen zu implementieren.

Niederlande

Das Programm weist eine von der Erholung der Inlandsnachfrage und der Exporte getragene Wiederbelebung des niederländischen Wirtschaftswachstums in den Jahren 2006 und 2007 auf 2,5 Prozent nach einer vorübergehenden Wachstumsabschwächung von 0,75 Prozent im Jahr 2005 aus. Neben Finnland haben die Niederlande die niedrigsten Inflationsraten in der Eurozone: 1,5 Prozent 2005 und 2006 sowie 1,1 Prozent 2007. Nach der beachtlichen Haushaltskonsolidierung in den Jahren 2004 und 2005 soll das gesamtstaatliche Defizit im Jahr 2006 auf 1,5 Prozent des BIP steigen und sich danach bei rund 1,1 Prozent stabilisieren. Die erheblich bessere Haushaltslage 2005 ist größtenteils auf die anziehende Konjunktur mit besseren Einnahmen als erwartet vor allem aus höheren Gaspreisen und Dividenden, der Mehrwertsteuer und den Körperschaftsteuern zurückzuführen. Die Staatsschulden werden 2006 bei etwa 54,5 Prozent des BIP liegen, bevor sie allmählich auf rund 53 Prozent des BIP im Jahr 2008 sinken werden.

Der Rat begrüßt die im Jahr 2005 unternommenen Anstrengungen der Niederlande, das Defizit nach der unverzüglichen Korrektur des übermäßigen Defizits in 2004 weiter unter den Referenzwert von 3 Prozent des BIP zu senken, ebenso wie die Absicht, das für das Land angemessene Mittelfristziel eines strukturellen Defizits von 0,5 bis 1,0 Prozent des BIP während des Programmzeitraums einzuhalten. Er ermutigt die Niederlande, insbesondere in Anbetracht des besser als erwarteten Ergebnisses im Jahr 2005, im Jahr 2006 und danach einen strikten Haushaltskurs beizubehalten.

Griechenland

Laut Stabilitätsprogramm erreichte das griechische BIP-Wachstum 2005 mit 3,6 Prozent im europäischen Vergleich einen relativ hohen Wert und soll in den Folgejahren leicht ansteigen. Dennoch liegen diese Wachstumswerte unter dem Potenzialwachstum. Auch die Preissteigerungsrate lag 2005 mit 3,5 Prozent im europäischen Vergleich weit über dem Durchschnitt. Sie soll bis 2008 auf 2,7 Prozent fallen. Das Haushaltsdefizit konnte 2005 von 6,6 Prozent des BIP auf 4,3 Prozent des BIP gesenkt werden. Für 2006 ist eine weitere Absenkung auf 2,6 Prozent des BIP geplant; hierbei sind allerdings Einmalmaßnahmen im Umfang von 0,6 Prozent des BIP einbezogen. Es gibt jedoch noch offene, bei Eurostat anhängige Statistikfragen, die zu einer Aufwärtsrevision der Defizitdaten bis 2005 führen und auch Folgen für spätere Jahre haben könnten. Für den öffentlichen Schuldenstand

wird von einer weiteren deutlichen Rückführung bis 2008 auf 96,8 Prozent des BIP ausgegangen.

Der Rat würdigt in seiner Stellungnahme zum Programm die Anstrengungen Griechenlands zum dauerhaften Defizitabbau; er sieht aber auch Risiken. So könnten die Haushaltsergebnisse schlechter ausfallen als im Programm projiziert. Vor diesem Hintergrund und angesichts der für die Einhaltung der im Rahmen des Defizitverfahrens gegebenen Empfehlungen fordert der Rat Griechenland insbesondere auf, dauerhafte Maßnahmen durchzuführen, die für eine Korrektur des übermäßigen Defizits spätestens 2006 erforderlich sind. Auch sollten verstärkte Anstrengungen unternommen werden, die Schuldenquote dem Referenzwert in ausreichendem Tempo anzunähern, die verabschiedete Rentenreform umzusetzen und zusätzliche Strukturreformen durchzuführen. Der Rat hält außerdem Verbesserungen bei der Erhebung und Verarbeitung von Haushaltsdaten für erforderlich. Das seit Juli 2004 gegenüber Griechenland laufende Defizitverfahren war mit ECOFIN-Beschluss vom 17. Februar 2005 durch Inverzugsetzen nach Artikel 104 Abs. 9 EG-Vertrag verschärft worden.

Portugal

Während Portugal zwischen 1995 und 2000 noch Wachstumsraten von durchschnittlich 4 Prozent verzeichnen konnte, gingen diese zwischen 2001 und 2005 deutlich auf nunmehr 0,5 Prozent zurück und lagen damit unter dem Durchschnitt des Euroraums. Nach dem im Programm dargelegten makroökonomischen Szenario soll das BIP-Wachstum auf 1,8 Prozent in 2007 ansteigen, um bis 2009 schließlich 3 Prozent zu erreichen. Das Programm macht deutlich, dass Portugal vor dem Hintergrund seiner dramatisch verschlechterten Haushaltslage einem sehr ambitionierten Anpassungspfad folgen will. Für 2006 wird bereits ein deutlicher Rückgang des Haushaltsdefizits (von 6,0 Prozent des BIP in 2005) auf 4,6 Prozent des BIP erwartet. Nach weiteren ausschließlich strukturellen Konsolidierungsschritten erwartet Portugal bis 2008 einen Abbau des Defizits auf 2,6 Prozent des BIP. Der Schuldenstand wird von 65,5 Prozent des BIP in 2005 zunächst auf 69,3 Prozent in 2007 weiter anwachsen, dann aber wieder zu sinken beginnen und 2009, am Programmende, 66,2 Prozent betragen.

Der Rat begrüßt die von Portugal gesetzten ehrgeizigen Ziele, die vor allem Einsparungen bei den öffentlichen Ausgaben betreffen. Gleichzeitig werden aber auch Risiken für deren erfolgreiche Umsetzung gesehen. Der Rat fordert Portugal daher insbesondere auf, die vorgesehenen strukturellen Maßnahmen zu ergreifen und rigoros umzusetzen, um bis 2008 eine nachhaltige Korrektur des übermäßigen Defizits zu gewährleisten. Außerdem sollen die geplanten Maßnahmen zur Ausgabenkontrolle entschlossen umgesetzt, die langfristige Tragfähigkeit der Finanzen – insbesondere durch Fortsetzung der Reformen im Renten- und Gesundheitssystem – verbessert und die Bruttoschuldenquote auf einen stabilen Abwärtskurs gebracht werden. Portugal befindet sich seit Juni 2005 im Defizitverfahren (Artikel 104 Abs. 7 EG-Vertrag). Am

20. September 2005 hatte der Rat Portugal aufgegeben, sein Haushaltsdefizit bis 2008 wieder unter die 3-Prozent-Grenze zurückzuführen.

Belgien

Das Programm geht von einem Anstieg des Wirtschaftswachstums in 2006 auf 2,2 Prozent aus. Hauptverantwortlich für das Wachstum ist die Binnennachfrage. Die Inflation soll 2006 bei 2,8 Prozent liegen, ab 2007 soll sie auf 2,0 Prozent absinken. Der Rückgang der belgischen Schuldenstandsquote macht weiter Fortschritte: 1999 hatte er noch bei 115 Prozent des BIP gelegen, für 2005 wird er auf 94,3 Prozent veranschlagt und soll auf 79,1 Prozent in 2009 sinken. Dies soll durch die auch weiterhin höchsten Primärüberschüsse in der EU erreicht werden: 4,3 Prozent des BIP in 2005 und ab 2006 4,1 Prozent oder leicht darüber. Der Finanzierungssaldo wird für 2006 bei 0 Prozent erwartet (wie 2005), ab 2007 soll er leicht ansteigen und 2009 0,7 Prozent des BIP erreichen.

Der Rat erachtet die belgische Haushaltslage als gesund. Die im Programm vorgesehene Reduzierung der Schuldenstandsquote wird als eine im Einklang mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt stehende Finanzpolitik gesehen. Belgien soll aber in Betracht ziehen, eine Verschlechterung des strukturellen Saldos in 2006 zu verhindern. In den Folgejahren sollen die erforderlichen Maßnahmen umgesetzt werden, um die ehrgeizigen Haushaltsziele – ohne Rückgriff auf Einmalmaßnahmen – zu erreichen.

Österreich

Das hinter den Projektionen zurückbleibende Wirtschaftswachstum der Jahre 2005 und 2006 mit jährlich 1,75 Prozent ist dem weniger lebhaften internationalen Handel und höheren Ölpreisen geschuldet. Das Programm sieht für die Jahre 2007 und 2008 infolge der Zunahme der Investitionen, insbesondere in Forschung, Bildung und Infrastruktur, sowie des privaten Verbrauchs eine Erhöhung des realen BIP-Wachstums auf 2,5 Prozent vor. Die Inflation soll von 2,3 Prozent im Jahr 2005 auf 1,5 Prozent im Jahr 2008 zurückgehen. In der Haushaltspolitik verfolgt Österreich eine 3-Säulen-Strategie: Nulldefizit im Jahr 2008, Steuer- und Abgabenquote unter 40 Prozent des BIP bis 2010 und höheres Potentialwachstums über Erhöhung der F&E-Quote von 2,35 Prozent des BIP in 2005 auf 3 Prozent in 2010. Der Haushalt 2005 konnte ungeachtet der Steuerreform mit einem um 0,2 Prozentpunkte günstigeren Defizit von 1,7 Prozent des BIP abschließen. Das mittelfristige Ziel eines strukturell ausgeglichenen Haushalts bis 2008 liegt über den Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts. Die Staatsschuldenquote lag 2005 mit 63,4 Prozent des BIP über dem Referenzwert von 60 Prozent des BIP, soll aber bis Ende 2008 wieder unter diesen sinken.

Der Rat begrüßt die für den Programmzeitraum geplanten ehrgeizigen Strukturanpassungen. Er ersucht Österreich jedoch, die Erreichung des Mittelfristziels bis zum Ende

des Programmzeitraums durch die weitere Präzisierung und Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen sicherzustellen. Dies würde die für die beiden letzten Programmjahre geplante Haushaltskonsolidierung unterstützen.

Finnland

Das Programm sieht auch künftig ein gesundes Wachstum der finnischen Wirtschaft mit 3,2 Prozent im Jahr 2006 und 2,6 Prozent 2007 vor. Der Schwerpunkt der Wirtschaftspolitik liegt in der Schaffung von 100 000 Arbeitsplätzen von 2003 bis 2007 und insbesondere der Senkung der strukturellen Arbeitslosigkeit von 8,2 Prozent 2005 bis auf 6 Prozent Ende 2009. Finnland weist derzeit die niedrigsten Inflationsraten in der EU 25 aus: 1,3 Prozent 2006 und 1,5 Prozent 2007 nach 1 Prozent 2005. Wichtigstes Haushaltsziel ist die Beibehaltung der Überschussposition. Die Verringerung des Überschusses auf rund 1,5 Prozent des BIP in den Jahren 2006 bis 2009 reflektiert die schrittweise Umsetzung von Steuersenkungen. Das Mittelfristziel eines strukturellen Überschusses von bis zu 2 Prozent des BIP im Jahr 2009 geht weit über die Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspaktes hinaus. Die Aktiva der staatlichen Rentenfonds liegen bei über 40 Prozent des BIP. Die Staatsschuldenquote wird um 2,5 Prozentpunkte auf rund 40 Prozent im Jahr 2009 sinken.

Der Rat ist der Auffassung, dass Finnland eine solide Haushaltslage aufweist und die Haushaltsstrategie ein gutes Beispiel für die Übereinstimmung der Fiskalpolitik mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt ist.

Irland

Die Prognosen im Programm zeichnen ein weitgehend positives Bild der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung mit robusten (den höchsten im Euroraum) Wachstumsraten zwischen 4,5 Prozent und 5 Prozent, signifikant verringertem Inflationsdruck und Inflationsraten nahe dem Eurozonen-Durchschnitt bei 2 Prozent sowie nochmals sinkender Arbeitslosenquote auf ca. 4,25 Prozent. Die Beschäftigungszunahme bleibt stark. Während die öffentlichen Finanzen in den letzten zehn Jahren fast durchgehend Überschüsse aufwiesen, zeichnen sich für die kommenden Jahre leichte Defizite zwischen 0,5 und 0,75 Prozent des BIP unter Berücksichtigung der annähernd doppelt so hohen Infrastrukturinvestitionen wie im EU-Durchschnitt ab. Diese Projektionen beinhalten wie immer Haushaltsreserven für unvorhergesehene Entwicklungen. Ohne sie würde das Defizit 2007 nur 0,4 Prozent des BIP betragen und 2008 ein geringfügiger Überschuss in Höhe von 0,1 Prozent des BIP entstehen. Das Mittelfristziel eines nahezu ausgeglichenen strukturellen Haushalts geht über die Vorgaben (Defizit von ca. 1,25 Prozent des BIP für Irland) des Stabilitäts- und Wachstumspaktes hinaus. Die Staatsschuldenquote (zweitniedrigste im Euroraum) beträgt derzeit 28 Prozent des BIP und soll sich auf diesem Niveau stabilisieren. Sie würde ohne die jährlichen haushaltsneutralen Abführungen zu Lasten der Schuldenquote von 1 Prozent des BSP an den Nationalen Rentenreservefonds (Aktiva ca. 8 Prozent des BIP) im Programmverlauf weiter sinken.

Der Rat ist der Auffassung, dass Irland eine solide Haushaltslage aufweist und die Haushaltsstrategie ein gutes Beispiel für die Übereinstimmung der Fiskalpolitik mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt ist. Er ermutigt Irland, auch weiterhin Vorkehrungen für die langfristigen budgetären Auswirkungen der Bevölkerungsalterung zu treffen.

Luxemburg

Das Programm verzeichnet seit 2004 nach dem Einbruch 2001 wieder BIP-Wachstumsraten zwischen 4 und 5 Prozent. Nach weit über dem EU-Durchschnitt liegenden Inflationsraten 2004/2005 (hohe Ölpreise, steigende Lohnkosten) sollen diese bis auf 1,8 Prozent im Jahr 2008 sinken. Die traditionell sehr gesunde Finanzlage mit fortlaufenden Überschüssen seit Beginn der 90er Jahre und äußerst niedrigen Schuldenständen hat sich aufgrund starker Ausgabenanstiege 2004 ins Defizit gewandelt und 2005 mit 2,3 Prozent des BIP u. a. durch statistische Revisionen, unerwartete Mehrwertsteuerrückzahlungen fast verdoppelt. Es soll aber bis 2008 ausschließlich durch Ausgabenzurückhaltung wieder auf 0,2 Prozent des BIP zurückgeführt werden. Das Mittelfristziel eines strukturellen Defizits von 0,8 Prozent des BIP entspricht der Regel. Die Staatschuldenquote bleibt trotz ihres Anstiegs von 6,4 Prozent des BIP 2005 auf 10,2 Prozent 2008 überwiegend durch Ausgaben in das Verkehrswegenetz sowie große Investitionsprojekte im Public Private Partnership-Bereich mit dem Hauptanteil im Jahr 2006 weiterhin die niedrigste in der Eurozone.

Der Rat hält die im Programm dargelegte Gesamtstrategie „Defizitabbau durch Ausgabenbegrenzung“ für empfehlenswert. Luxemburg sollte aber die Haushaltsanpassungen im Jahr 2006 verstärken, die für 2007 und 2008 erforderlichen Maßnahmen ergreifen sowie die langfristige

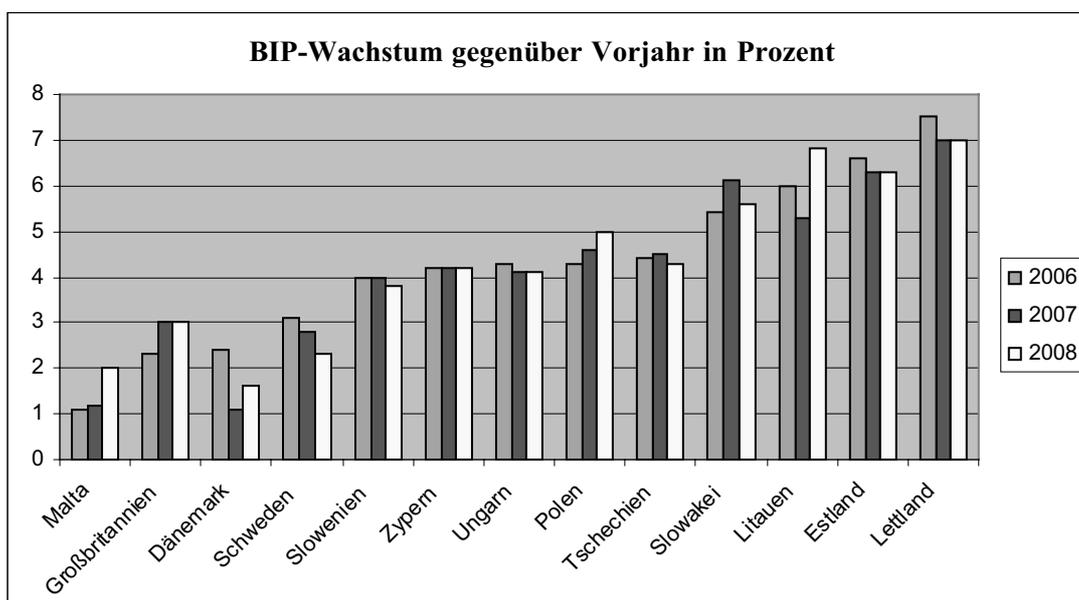
Nachhaltigkeit verbessern, insbesondere die steigenden öffentlichen Ausgaben durch Reformen im Rentensystem begrenzen

IV Überblick über die Konvergenzprogramme

Die Mitgliedstaaten außerhalb des Euro-Währungsgebietes können – mit Ausnahme Maltas – relativ hohe Wachstumsraten des BIP vorweisen. Die Konvergenzprogramme der neuen Mitgliedstaaten sehen für 2006 BIP-Wachstumsraten zwischen 4,0 Prozent (Slowenien) und 7,5 Prozent (Lettland) voraus; Malta weist hingegen nur 1,1 Prozent aus. Auch Dänemark, Schweden und das Vereinigte Königreich erwarten für 2006 ein relativ robustes Wirtschaftswachstum. Diese drei Länder verfügen auch – im Vergleich zur Mehrzahl der Euroländer – über einen relativ niedrigen Schuldenstand; Schweden liegt bei 49 Prozent, das Vereinigte Königreich bei 44 Prozent und Dänemark bei 32 Prozent des BIP.

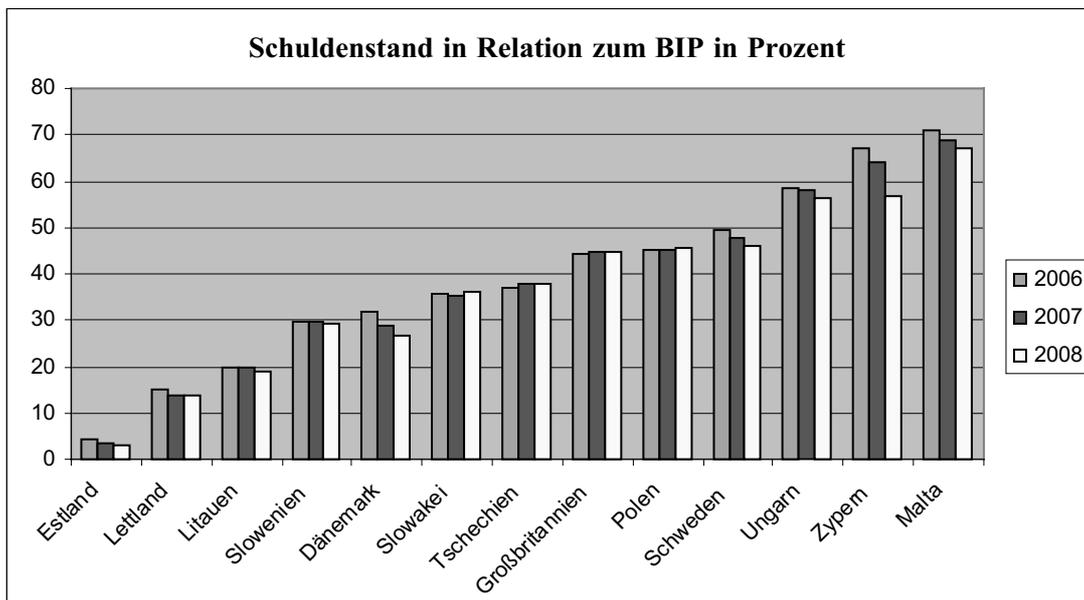
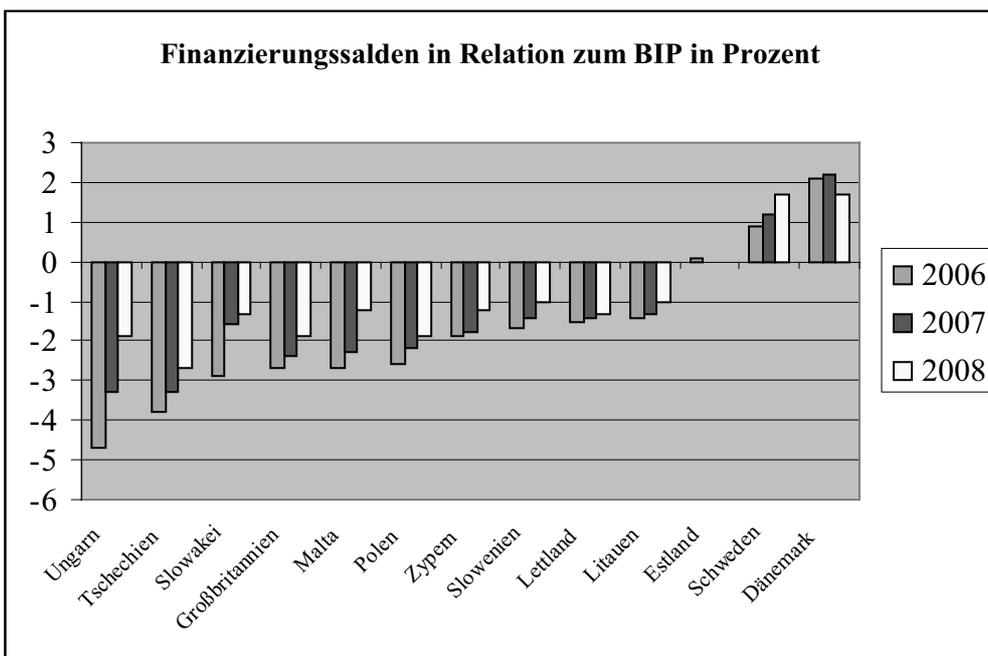
Dänemark und Schweden erwarten über den gesamten Programmzeitraum Haushaltsüberschüsse, das Vereinigte Königreich hingegen Defizite, die jedoch von 3,0 Prozent des BIP in 2005 auf 2,7 Prozent in 2006 und 2,4 Prozent in 2007 zurückgehen sollen. Die für 2006 in den Konvergenzprogrammen der neuen Mitgliedstaaten angenommenen Haushaltssalden reichen von einem Überschuss von 0,1 Prozent des BIP in Estland bis zu einem Defizit von 4,7 Prozent des BIP in Ungarn.

Das ungarische Konvergenzprogramm des Jahres 2005 wurde vom Rat zurückgewiesen, weil keine Quantifizierung von Strukturreformen bzw. keine detaillierten Maßnahmen zur Ausgabenreduzierung enthalten waren. Ungarn wurde auferlegt, bis 1. September 2006 ein neues Konvergenzprogramm vorzulegen. Beim Konvergenz-



programm Polens zeigt sich, dass Polen den Defizitabbau (nach Auslaufen der Übergangsfrist zur defizitmindernden Verbuchung der Rentenreform) bis auf 3 Prozent des BIP nicht wie versprochen bis zum Jahr 2007 erfüllen wird. Daher sieht die Kommission vor, zukünftig im Rahmen des Defizitverfahrens weitere Empfehlungen zum Abbau vorzulegen.

Eurostat hat allen EU-Mitgliedstaaten im September 2004 eine Übergangsfrist bezüglich der statistischen Erfassung privater Pensionsfonds gewährt, die zu einem geringeren Ausweis von Budgetdefiziten und Schuldenständen bis März 2007 führen kann. Diese Übergangsfrist wird von Polen, Ungarn, Schweden, der Slowakei und Dänemark genutzt.



Das Schuldenstandskriterium gewinnt bei einzelnen neuen Mitgliedstaaten durchaus an Bedeutung, allerdings führen Aufwertungen der jeweiligen Währungen sowie eine Angleichung der Zinsen an das Niveau der Eurozone regelmäßig zu einer Entlastung bei den Zinsdiensten. Die niedrigste Schuldenstandsquote in 2006 weist das Konvergenzprogramm von Estland aus (4,4 Prozent des BIP), die höchste das Programm von Malta (70,8 Prozent des BIP).

Estland, Litauen und Slowenien sind im Juni 2004 dem Wechselkursmechanismus II in Vorbereitung der von ihnen angestrebten Euro-Einführung beigetreten; Lettland, Malta und Zypern folgten im Mai 2005, die Slowakei im November 2005. Ferner haben Slowenien und Litauen inzwischen einen Antrag auf Erstellung eines Konvergenzberichts als Voraussetzung für die Euro-Einführung gestellt. In Bezug auf die reale Konvergenz kann darauf hingewiesen werden, dass die Volkswirtschaften der neuen Mitgliedstaaten auf niedrigem Niveau (das BIP pro Kopf gemessen in Kaufkraftstandards liegt in den neuen Mitgliedstaaten bei rund der Hälfte der alten Mitgliedstaaten) rund doppelt so schnell wachsen wie die alten Mitgliedstaaten.

V Zu den einzelnen Konvergenzprogrammen

Vereinigtes Königreich

Das Konvergenzprogramm enthält ein makroökonomisches Szenario, bei dem sich das reale BIP-Wachstum von 1,75 Prozent im Haushaltsjahr 2005/2006 auf 3 Prozent 2007/2008 beschleunigt, bevor es 2008/2009 auf 2,75 Prozent und anschließend auf 2,25 Prozent zurückgeht. Das Defizit von 3,1 Prozent des BIP 2005/2006 soll im Haushaltsjahr 2006/2007 unter den Referenzwert von 3 Prozent des BIP gesenkt werden. Anschließend soll es auf 1,5 Prozent des BIP 2010/2011 zurückgehen. Das Programm enthält kein mittelfristiges Ziel für den strukturellen gesamtstaatlichen Haushaltssaldo, sondern verweist auf finanzpolitische Ziele im Rahmen der innerstaatlichen Vorschriften. Das gesamtstaatliche Primärdefizit von schätzungsweise 1,0 Prozent des BIP 2005/2006 wird laut Programm 2008/2009 ausgeglichen und bis 2010/2011 in einen Primärüberschuss von 0,5 Prozent des BIP übergehen. Die Schuldenstandsquote von rund 41 Prozent des BIP soll im Programmzeitraum steigen und 2007/2008 mit knapp 45 Prozent ihren Höchststand erreichen.

Im Januar 2006 entschied der Rat, dass im Vereinigten Königreich ein übermäßiges Defizit besteht und dieses spätestens im Haushaltsjahr 2006/2007 korrigiert werden muss. In der Stellungnahme zum aktualisierten Konvergenzprogramm fordert der Rat das Vereinigte Königreich auch auf, die öffentlichen Haushalte anschließend weiter zu konsolidieren und ein mittelfristiges Ziel für den strukturellen gesamtstaatlichen Haushaltssaldo zu erreichen, das rasche Fortschritte im Hinblick auf die Tragfähigkeit sicherstellt und für eine ausreichende Sicherheitsmarge gegen ein erneutes Überschreiten des Referenzwertes sorgt.

Polen

Das Programm nimmt ein signifikant steigendes BIP-Wachstum von 3,3 Prozent im Jahre 2005 bis auf 5 Pro-

zent im Jahre 2008 an. Für das gesamtstaatliche Defizit werden inklusive der Budgetbelastungen durch die Rentenreform folgende Budgetdefizitwerte erzielt: 4,7 Prozent im Jahre 2005, 4,6 Prozent in 2006, 4,1 Prozent in 2007 und 3,7 Prozent in 2008. Die Schuldenstandsquote bewegt sich zwischen 47,9 Prozent im Jahre 2005 und 52,6 Prozent im Jahre 2008. Nach dem von Eurostat gebilligten Wahlrecht dürfen Budgetbelastungen der Rentenreform in Polen bis März 2007 beim Defizit und beim Schuldenstand herausgerechnet werden. Dies führt für das Jahr 2005 zu einem Defizit von 2,9 Prozent und im Jahre 2006 zu einem Defizit von 2,6 Prozent. Bei der Schuldenstandsquote lägen die Werte im Jahre 2005 bei 42,5 Prozent und im Jahr 2006 bei 45 Prozent.

Die Wachstumsprojektionen des Programms werden vom Rat als plausibel und gegen Ende als optimistisch eingeschätzt. Der Rat stellt fest, dass die Korrektur des exzessiven Defizits im Jahr 2007 nicht den Anforderungen der Ratsempfehlungen vom 5. Juli 2004 zum Abbau des exzessiven Defizits genügt. Daher beabsichtigt die Kommission im Rahmen des Defizitverfahrens weitere Maßnahmen vorzuschlagen. Zwischenzeitlich soll Polen verstärkte Anstrengungen zum Abbau des Defizits im Jahre 2006 unternehmen. Ferner soll die Rentenreform in ihrer Substanz abgesichert werden und sollen institutionelle Budgetmaßnahmen ergriffen werden (z. B. mittelfristige Finanzplanung sowie ein nomineller „Defizitanker“).

Tschechien

Das Programm geht von einem BIP-Wachstum zwischen 4,8 Prozent im Jahre 2005 und 4,2 Prozent im Jahre 2007 aus. Für die gesamtstaatliche Defizitquote werden zwischen 4,8 Prozent des BIP im Jahre 2005 und 2,7 Prozent im Jahre 2008 angesetzt, wobei der höchste Abbauschritt vom Jahre 2005 auf das Jahr 2006 erfolgt (1 Prozentpunkt). Die Schuldenstandsquote bewegt sich zwischen 37,4 Prozent des BIP im Jahre 2005 und 37,9 Prozent im Jahre 2007.

Die Haushaltsprojektionen werden vom Rat als realistisch eingeschätzt. Ferner entspricht das Programm dem in den Empfehlungen nach Artikel 104 Absatz 7 EG-Vertrag vorgegebenen Anpassungspfad. Tschechien wird aber aufgefordert, bei der strukturellen Haushaltsanpassung eine größere Anstrengung zu unternehmen, um im Jahre 2008 eine höhere Marge zum Defizitkriterium zu erreichen. Ferner sollte Tschechien die Qualität der Haushaltsplanung verbessern, zum Beispiel durch Verschärfung der mittelfristigen Ausgabepfands. Tschechien sollte die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen verbessern, indem die Rentenreform beschleunigt und das Gesundheitssystem reformiert wird.

Ungarn

Die Regierung erwartet mittelfristig jährliche BIP-Zuwächse von über 4 Prozent. Trotz mehrfacher Heraufsetzung des Budgetdefizits im Jahr 2005 auf letztlich 6,1 Prozent des BIP hält das Programm an den wichtigs-

ten wirtschaftspolitischen Zielstellungen fest. Das Defizitverfahren gegenüber Ungarn wurde im Jahre 2005 zwei Mal innerhalb eines Jahres verschärft, weil die ergriffenen Konsolidierungsmaßnahmen als unzureichend bewertet wurden. Das Defizit soll laut Konvergenzprogramm (ohne Belastungen aus der Rentenreform) mittels jährlicher Reduzierungen von 1,4 Prozent des BIP bis 2008 unter die Maastricht-Grenze gesenkt werden. Mit den Rentenreformeinflüssen, die nach Auslaufen der Übergangsfrist ab März 2007 einbezogen werden müssen, soll das Defizit im Jahre 2008 bei 3,4 Prozent des BIP liegen. Die Euro-Einführung ist nach wie vor für das Jahr 2010 geplant. Der Bruttoschuldenstand soll ohne Belastungen der Rentenreform bis 2008 auf 56,2 Prozent des BIP reduziert werden, mit den Reformbelastungen liegt er im Zeitraum 2005 bis 2008 jeweils über 60 Prozent des BIP.

Die Haushaltsprojektionen wurden vom Rat – auch angesichts einer zum 1. Januar 2006 in Kraft getretenen Steuerreform – als unrealistisch eingeschätzt. Die Pläne für Strukturreformen sind zu unspezifisch und nicht ausreichend quantifiziert dargestellt. Der Rat hat das Programm zurückgewiesen und legte Ungarn auf, eine revidierte Fassung bis spätestens zum 1. September 2006 (Parlamentswahlen im April 2006) vorzulegen. Die Programmaktualisierung soll konkrete und strukturelle Maßnahmen angeben, die in vollem Umfang mit dem mittelfristigen Anpassungspfad in Einklang stehen. Inzwischen soll Ungarn das Notwendige unternehmen, um den Anpassungspfad für das Jahr 2006 und die Folgejahre zu erreichen.

Schweden

Das dem Konvergenzprogramm zugrunde liegende makroökonomische Szenario sieht vor, dass sich das reale BIP-Wachstum von 2,4 Prozent im Jahr 2005 auf 3,1 Prozent im Jahr 2006 erhöht und in den darauf folgenden beiden Jahren des Programmzeitraums durchschnittlich 2,5 Prozent beträgt. Schweden erwartet einen gesamtstaatlichen Überschuss von 1,6 Prozent des BIP im Jahr 2005, 0,9 Prozent im Jahr 2006, 1,2 Prozent im Jahr 2007 und 1,7 Prozent im letzten Programmjahr 2008. Die Ausgaben- und Einnahmenquote sind im Programmzeitraum leicht rückläufig. Die Schuldenstandsquote, die 2005 bei etwa 51 Prozent des BIP lag, soll den Projektionen zufolge weiter fallen und 2008 46 Prozent des BIP erreichen. Anzumerken ist, dass die Ausgliederung von kapitalgedeckten Pensionssystemen der zweiten Säule ab 2007 (wenn die in der entsprechenden Eurostat-Entscheidung von 2004 festgelegte Übergangsfrist ausläuft) die Überschüsse um etwa 1 Prozentpunkt des BIP jährlich verringern und die Schuldenstandsquote um 0,5 Prozentpunkte des BIP erhöhen wird.

Der Rat attestiert Schweden ein rundum gutes Programm mit einem plausiblen makroökonomischen Szenario. Er lobt besonders die schwedische Strategie, die langfristige Tragfähigkeit, auch bei der Rentenreform, ins Zentrum der Finanzpolitik zu stellen.

Slowakei

Das Programm geht von einem realen BIP-Wachstum zwischen 5,1 Prozent im Jahre 2005 und 6,1 Prozent im Jahre 2007 aus. Die Kommission bestätigt diese Wachstumsannahmen. Das gesamtstaatliche Defizit beträgt unter Einschluss der Budgetbelastungen durch die durchgeführte Rentenreform 4,9 Prozent in 2005, 4,2 Prozent in 2006, 3,0 Prozent in 2007 und 2,7 Prozent in 2008. Die Schuldenstandsquote bewegt sich zwischen 33,7 Prozent im Jahr 2005 und 36,2 Prozent im Jahre 2008. Ohne die Budgetbelastungen durch die Rentenreform ergäben sich bei Wahrnehmung des bereits erwähnten Wahlrechtes Defizite von 4,1 Prozent in 2005 und 2,9 Prozent in 2006. Bei der Schuldenstandsentwicklung wurde nicht vom Wahlrecht Gebrauch gemacht: Die im Programm ausgewiesenen Schuldenstände sind somit bereits direkt vergleichbar mit den Schuldenständen in den anderen EU-Mitgliedstaaten.

Der Rat stellt fest, dass der im Programm angegebene Abbaupfad den Empfehlungen des Rates nach Artikel 104 Absatz 7 EG-Vertrag entspricht. Die Slowakei sollte allerdings angesichts der guten Wachstumsaussichten bei der strukturellen Haushaltsanpassung größere Anstrengungen im Hinblick auf die Erreichung des Mittelfristzieles unternehmen. Ferner sollen die mittelfristigen Ausgabeplafonds für den Zentralstaat verbindlicher gestaltet werden.

Dänemark

Das Konvergenzprogramm sieht für 2006 ein reales BIP-Wachstum von 2,4 Prozent (wie 2005) und für den Rest des Programmzeitraums ein reales BIP Wachstum von durchschnittlich 1,6 Prozent vor. Ziel der Haushaltsstrategie ist es, über die gesamte Laufzeit des Programms einen strukturellen Überschuss von 1,5 bis 2,5 Prozent (0,5 bis 1,5 Prozent ohne die von Eurostat ab 2007 verlangten Ausgliederung der Pensionssysteme der zweiten Säule aus dem Sektor Staat) zu halten und so die gesamtstaatliche Schuldenstandsquote merklich zu senken. Ausgehend von einem vorsichtigen makroökonomischen Szenario, sieht die Programmfortschreibung nach einem gesamtstaatlichen Überschuss von 3,6 Prozent des BIP im Jahr 2005 Überschüsse von 3,1 Prozent im Jahr 2006, 3,2 Prozent im Jahr 2007, 2,7 Prozent im Jahr 2008 und 2,9 Prozent im letzten Programmjahr vor (einschließlich der erwähnten Überschüsse der Pensionssysteme der zweiten Säule, die ab 2007 ausgegliedert werden müssen). Die Schuldenstandsquote soll den Projektionen zufolge auch weiterhin merklich zurückgehen und bis 2010 auf 21,5 Prozent des BIP fallen.

Der Rat ist der Auffassung, dass die Haushaltslage alles in allem solide ist und die Haushaltsstrategie ein gutes Beispiel für eine dem Pakt entsprechende Finanzpolitik darstellt. Die Haushaltsüberschüsse könnten noch höher ausfallen, sofern die vorsichtigen BIP-Prognosen übertroffen werden. Ein Risiko besteht darin, dass die angestrebte Begrenzung des realen Anstiegs des Staatsverbrauchs angesichts der bisherigen gemischten Ergebnisse möglicherweise nicht erreicht wird. Hinsichtlich der lang-

fristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen sieht der Rat aufgrund der projizierten Kosten der Bevölkerungsalterung nur ein geringes Risiko.

Litauen

Die Wachstumsannahmen liegen zwischen 7 Prozent in 2005 und 6,8 Prozent in 2008. Das Programm stellt die für den 1. Januar 2007 angestrebte Euro-Einführung in den Mittelpunkt. Dementsprechend ist die Wirtschafts- und Finanzpolitik auf die nachhaltige Erfüllung der Konvergenzkriterien ausgerichtet. Die gesamtstaatliche Defizitquote soll sich von 1,5 Prozent des BIP in 2005 auf 1 Prozent in 2008 reduzieren und steht damit mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt im Einklang. Die Schuldenstandsquote liegt unter 20 Prozent des BIP. Die Inflation lag in 2005 mit 2,7 Prozent leicht über dem Referenzwert, das Leistungsbilanzdefizit betrug 7,5 Prozent des BIP.

Der Rat fordert Litauen auf, die Anstrengungen zur strukturellen haushaltspolitischen Anpassung zu verstärken, um das mittelfristige Ziel eher zu erreichen und angesichts der günstigen Defizitentwicklung in 2005 im Jahre 2006 ein anspruchsvolleres gesamtstaatliches Defizit anzustreben.

Lettland

Das Haushaltsdefizit bleibt im Jahre 2005 unter dem 3-Prozent-Kriterium (1,5 Prozent des BIP). Die Schuldenstandsquote (13,1 Prozent des BIP) bewegt sich auf niedrigem Niveau. Die dem Konvergenzprogramm zugrunde liegende Haushaltspolitik zielt auf eine schrittweise Reduzierung des Defizits auf 1,0 Prozent im Jahre 2010 ab. Die lettische Wirtschaft ist durch eine sehr hohe Dynamik geprägt (8,4 Prozent BIP-Wachstum). Auf das hohe Leistungsbilanzdefizit (10 Prozent des BIP im Jahre 2005) und die deutlich über dem EU-Durchschnitt liegende Inflationsrate (6,9 Prozent in 2005) ist hinzuweisen.

Der Rat fordert Lettland auf, sich ehrgeizigere Haushaltsziele zu setzen, um dämpfend auf Leistungsbilanzdefizit sowie Inflation zu wirken. Aus diesem Grund sei das mittelfristige Ziel eher zu erreichen und eine pro-zyklische Finanzpolitik zu vermeiden.

Slowenien

Das dem Programm zugrunde liegende makroökonomische Szenario sieht für den Zeitraum 2005 bis 2008 ein BIP-Wachstum um 4 Prozent vor (2005: 3,9 Prozent, 2006 und 2007: 4,0 Prozent; 2008: 3,8 Prozent). Für das gesamtstaatliche Defizit werden Ergebnisse zwischen 1,7 Prozent im Jahre 2005 und 1 Prozent in 2008 prognostiziert, wobei der Abbaupfad etwas ehrgeiziger ist als im Programm des Vorjahres. Die Schuldenstandsquote bewegt sich im gleichen Zeitraum zwischen 29 Prozent im Jahre 2005 und 29,8 Prozent im Jahre 2007.

Der Rat bezeichnet das prognostizierte Wachstum als plausibel. Er stellt fest, dass die Inflation in etwa auf einen dem EU-Durchschnitt entsprechenden Stand begrenzt

wird. Der Rat ersucht Slowenien, sein mittelfristiges Programmziel rascher zu erreichen, indem Anpassungsmaßnahmen stärker auf den Anfang des Programmzeitraums konzentriert werden. Ferner werden Maßnahmen zur Verbesserung der langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen (vor allem beim Rentensystem) angeraten.

Estland

Das Programm für den Zeitraum 2005 bis 2009 spiegelt die dynamische Entwicklung Estlands wieder: Dank eines starken Wachstums (6,5 Prozent in 2005) und einer soliden Haushaltspolitik befinden sich die öffentlichen Finanzen in einer sehr guten Lage (Haushaltsüberschuss von 2,6 Prozent des BIP im Programm angekündigt). Estland hat die niedrigste Schuldenstandsquote unter den EU-25 mit 4,6 Prozent des BIP. Auf das hohe Leistungsbilanzdefizit (10,4 Prozent des BIP in 2005) ist allerdings hinzuweisen. Die Inflation lag im Jahre 2005 bei 4,1 Prozent und damit oberhalb des Inflationskriteriums für die Euro-Einführung.

Der Rat betrachtet die im Programm dargelegte Haushaltslage als solide und die Haushaltsstrategie als gutes Beispiel für eine dem Stabilitäts- und Wachstumspakt entsprechende Finanzpolitik. Der Rat stellt fest, dass die Haushaltsergebnisse für das Jahr 2005 besser als im Vorjahr geplant ausfielen. Auch vor diesem Hintergrund wird Estland aufgefordert im Jahre 2006 und in den Folgejahren einen höheren Haushaltsüberschuss anzustreben und eine pro-zyklische Finanzpolitik zu vermeiden, um die Korrektur des Leistungsbilanzdefizits weiter voranzutreiben.

Zypern

Der Haushalt Zyperns ist auf einem deutlichen Konsolidierungskurs (Reduzierung des Defizits von 4,1 Prozent des BIP in 2004 auf 2,5 Prozent im Jahre 2005). Der Rat hatte am 5. Juli 2004 ein übermäßiges Defizit in Zypern festgestellt. Die Zielvorgaben des Rates nach Artikel 104 Absatz 7 EG-Vertrag wurden von Zypern, begünstigt durch die Konjunktorentwicklung (BIP-Wachstum von 4,1 Prozent in 2005), eingehalten oder überschritten. Nach dem Höchststand von 2004 (71,3 Prozent) soll die Schuldenstandsquote bis spätestens 2008 unter 60 Prozent des BIP sinken (auf 56,9 Prozent) und im Jahre 2009 53,5 Prozent erreichen.

Der im Programmzeitraum vorgesehene strukturelle Anpassungspfad wird vom Rat begrüßt, nachdem Zypern 2005 sein Haushaltsdefizit unter die Defizitmarke von 3 Prozent des BIP geführt hat. Zypern soll nach der Korrektur des übermäßigen Defizits durch dauerhafte Maßnahmen am mittelfristigen Konsolidierungsziel festhalten. Zur Verbesserung der langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen sollen außerdem die öffentlichen Ausgaben bei den Renten unter Kontrolle gehalten sowie Reformen im Renten- und Gesundheitssystem implementiert werden.

Malta

Das Szenario des Programms geht von einem stetig steigenden BIP-Wachstum zwischen 0,9 Prozent im Jahre 2005 und 2,0 Prozent im Jahre 2008 aus. Das gesamtstaatliche Defizit soll sich von 3,9 Prozent im Jahre 2005 hin zu 1,2 Prozent im Jahr 2008 entwickeln. Die Schuldenstandsquote soll sich nach Angaben des Konvergenzprogramms von 76,7 Prozent im Jahre 2005 auf 67,3 Prozent im Jahre 2008 stetig reduzieren (68,9 Prozent in 2007), was beachtlich von der KOM-Herbstprognose des Jahres 2005 abweicht (in 2005: 77,2 Prozent und in 2007: 77,1 Prozent).

Der Rat stellt fest, dass der vorgesehene Abbaupfad den Empfehlungen nach Artikel 104 Absatz 7 EG-Vertrag entspricht. Malta wird ersucht, die geplanten Maßnahmen für das Haushaltsjahr 2006 konsequent umzusetzen. Ferner soll ein zufrieden stellendes Tempo beim Abbau der Schuldenstandsquote in Richtung des Referenzwertes von 60 Prozent gewährleistet werden. Die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen soll durch weitere Fortschritte bei der Rentenreform verbessert werden.

Anlage

Stabilitäts- und Konvergenzprogramme 2005

| Euro-Zone | BIP-Wachstum in % | | | | | Finanzierungssaldo in % des BIP | | | | | Bruttostaatsschulden in % des BIP | | | | | |
|---------------------|-------------------|-----------|-----------|-------|-------|---------------------------------|------|------|--------|--------|-----------------------------------|-------|-------|--------|--------|------|
| | Länder | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 |
| Deutschland | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Programm 2005 | | 0,9 | 1,4 | 1 | 1 ½ | | -3,3 | -3,3 | 2 ½ | -2,0 | | 67 ½ | 69 | 68 ½ | 68 | |
| KOM Herbst 2005* | 1,6 | 0,8 | 1,2 | 1,6 | | -3,7 | -3,9 | -3,7 | -3,3 | | 66,4 | 68,6 | 70,0 | 71,4 | | |
| Frankreich** | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Programm 2005 | | | | 2,25 | 2,25 | | | | -2,6 | -1,9 | | | | 65,6 | 64,6 | |
| KOM Herbst 2005* | | 1,5 / 2,0 | 2,0 / 2,5 | / 3,0 | / 3,0 | | -3,0 | -2,9 | / -2,2 | / -1,2 | | 65,8 | 66,0 | / 64,8 | / 62,6 | |
| Programm 2005 | 2,3 | 1,5 | 1,8 | 2,3 | | -3,7 | -3,2 | -3,5 | -3,5 | | 65,1 | 66,5 | 67,1 | 68,0 | | |
| Italien | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Programm 2005 | 1,2 | 0,0 | 1,5 | 1,5 | 1,7 | -3,2 | -4,3 | -3,5 | -2,8 | -2,1 | 106,5 | 108,5 | 108,0 | 106,1 | 104,4 | |
| KOM Herbst 2005* | 1,2 | 0,2 | 1,5 | 1,4 | | -3,2 | -4,3 | -4,2 | -4,6 | | 106,5 | 108,6 | 108,3 | 107,9 | | |
| Spanien | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Programm 2005 | 3,1 | 3,4 | 3,3 | 3,2 | 3,2 | -0,1 | 1,0 | 0,9 | 0,7 | 0,6 | 46,6 | 43,1 | 40,3 | 38,0 | 36,0 | |
| KOM Herbst 2005* | 3,1 | 3,4 | 3,2 | 3,0 | | -0,1 | 0,2 | 0,1 | -0,4 | | 46,9 | 44,2 | 41,9 | 40,7 | | |
| Niederlande | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Programm 2005 | 1,7 | ¾ | 2 ½ | 2 ½ | 2 ¼ | -2,1 | -1,2 | -1,5 | -1,2 | -1,1 | 53,1 | 54,4 | 54,5 | 53,9 | 53,1 | |
| KOM Herbst 2005* | 1,7 | 0,5 | 2,0 | 2,4 | | -2,1 | -1,8 | -1,9 | -1,5 | | 53,1 | 54,0 | 54,2 | 53,8 | | |
| Griechenland | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Programm 2005 | 4,7 | 3,6 | 3,8 | 3,8 | 4,0 | -6,6 | -4,3 | -2,6 | -2,3 | -1,7 | 109,3 | 107,9 | 104,8 | 101,1 | 96,8 | |
| KOM Herbst 2005* | 4,7 | 3,5 | 3,4 | 3,4 | | -6,6 | -3,7 | -3,8 | -3,8 | | 109,3 | 107,9 | 106,8 | 106,0 | | |
| Portugal | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Programm 2005 | 1,2 | 0,5 | 1,1 | 1,8 | 2,4 | -3,0 | -6,0 | -4,6 | -3,7 | -2,6 | 59,4 | 65,5 | 68,7 | 69,3 | 68,4 | |
| KOM Herbst 2005* | 1,2 | 0,4 | 0,8 | 1,2 | | -3,0 | -6,0 | -5,0 | -4,8 | | 59,4 | 65,9 | 69,8 | 72,1 | | |
| Belgien | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Programm 2005 | 2,6 | 1,4 | 2,2 | 2,1 | 2,3 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,3 | 0,5 | 94,7 | 94,3 | 90,7 | 87,0 | 83,0 | |
| KOM Herbst 2005* | 2,6 | 1,4 | 2,1 | 2,0 | | 0,0 | 0,0 | -0,3 | -0,5 | | 96,2 | 94,9 | 91,1 | 88,1 | | |
| Österreich | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Programm 2005 | 2,4 | 1,7 | 1,8 | 2,4 | 2,5 | -1,0 | -1,9 | -1,7 | -0,8 | 0,0 | 63,6 | 63,4 | 63,1 | 61,6 | 59,5 | |
| KOM Herbst 2005* | 2,4 | 1,7 | 1,9 | 2,2 | | -1,0 | -1,9 | -1,8 | -1,4 | | 64,3 | 64,3 | 64,2 | 63,6 | | |
| Finnland | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Programm 2005 | 3,6 | 2,1 | 3,2 | 2,6 | 2,3 | 2,1 | 1,8 | 1,6 | 1,6 | 1,5 | 44,9 | 42,7 | 41,7 | 41,1 | 40,6 | |
| KOM Herbst 2005* | 3,6 | 1,9 | 3,5 | 3,1 | | 2,1 | 1,9 | 1,9 | 1,8 | | 45,1 | 42,8 | 41,5 | 40,6 | | |
| Irland | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Programm 2005 | 4,5 | 4,6 | 4,8 | 5,0 | 4,8 | 1,4 | 0,3 | -0,6 | -0,8 | -0,8 | 29,4 | 28,0 | 28,0 | 28,2 | 28,3 | |
| KOM Herbst 2005* | 4,5 | 4,4 | 4,8 | 5,0 | | 1,4 | -0,4 | -0,3 | -0,1 | | 29,8 | 29,0 | 28,7 | 28,2 | | |
| Luxemburg | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Programm 2005 | 4,4 | 4,0 | 4,4 | 4,9 | 4,9 | -1,2 | -2,3 | -1,8 | -1,0 | -0,2 | 6,6 | 6,4 | 9,6 | 9,9 | 10,2 | |
| KOM Herbst 2005* | 4,5 | 4,2 | 4,4 | 4,5 | | -1,2 | -2,3 | -2,0 | -2,2 | | 6,6 | 6,8 | 7,0 | 7,3 | | |
| Euro-Zone | | | | | | | | | | | | | | | | |
| KOM Herbst 2005* | 2,1 | 1,3 | 1,9 | 2,1 | | -2,7 | -2,9 | -2,8 | -2,8 | | 70,8 | 71,7 | 71,7 | 71,8 | | |
| EU25 | | | | | | | | | | | | | | | | |
| KOM Herbst 2005* | 2,4 | 1,5 | 2,1 | 2,4 | | -2,6 | -2,7 | -2,7 | -2,7 | | 63,4 | 64,1 | 64,2 | 64,3 | | |

* Herbstprognose der EU-Kommission, November 2005

** Frankreich hat in seinem Programm kein Basis-Szenario entworfen, sondern nur je ein Szenario für das niedrigste bzw. das höchste Wachstum.

noch Anlage

Stabilitäts- und Konvergenzprogramme 2005

| andere EU-Staaten | | | | | | | | | | | | | | | |
|-----------------------|-------------------|------|------|------|------|---------------------------------|------|------|------|------|-----------------------------------|------|------|------|------|
| Länder | BIP-Wachstum in % | | | | | Finanzierungssaldo in % des BIP | | | | | Bruttostaatsschulden in % des BIP | | | | |
| | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 |
| Großbritannien | | | | | | | | | | | | | | | |
| Programm 2005 | 3,3 | 1,8 | 2,3 | 3,0 | 3,0 | -3,3 | -3,0 | -2,7 | -2,4 | -1,9 | 40,9 | 43,3 | 44,4 | 44,8 | 44,7 |
| KOM Herbst 2005* | 3,2 | 1,6 | 2,3 | 2,8 | | -3,2 | -3,4 | -3,3 | -3,0 | | 41,5 | 43,1 | 44,3 | 45,1 | |
| Polen | | | | | | | | | | | | | | | |
| Programm 2005 | 5,3 | 3,3 | 4,3 | 4,6 | 5,0 | -3,8 | -2,9 | -2,6 | -2,2 | -1,9 | 41,9 | 42,5 | 45,0 | 45,3 | 45,4 |
| KOM Herbst 2005* | 5,3 | 3,4 | 4,3 | 4,5 | | -3,9 | -3,6 | -3,6 | -3,4 | | 43,6 | 46,3 | 47,0 | 47,3 | |
| Tschechien | | | | | | | | | | | | | | | |
| Programm 2005 | 4,4 | 4,8 | 4,4 | 4,2 | 4,3 | -3,0 | -4,8 | -3,8 | -3,3 | -2,7 | 36,8 | 37,4 | 37,1 | 37,9 | 37,8 |
| KOM Herbst 2005* | 4,4 | 4,8 | 4,4 | 4,3 | | -3,0 | -3,2 | -3,7 | -3,3 | | 36,8 | 36,2 | 36,6 | 36,9 | |
| Ungarn | | | | | | | | | | | | | | | |
| Programm 2005 | 4,6 | 4,2 | 4,3 | 4,1 | 4,1 | -5,4 | -6,1 | -4,7 | -3,3 | -1,9 | 57,2 | 57,7 | 58,4 | 57,9 | 56,2 |
| KOM Herbst 2005* | 4,2 | 3,7 | 3,9 | 3,9 | | -5,4 | -6,1 | -6,7 | -6,9 | | 57,4 | 57,2 | 58,0 | 59,2 | |
| Schweden | | | | | | | | | | | | | | | |
| Programm 2005 | 3,6 | 2,4 | 3,1 | 2,8 | 2,3 | 1,6 | 1,6 | 0,9 | 1,2 | 1,7 | 51,1 | 50,9 | 49,4 | 47,8 | 46,0 |
| KOM Herbst 2005* | 3,6 | 2,5 | 3,0 | 2,8 | | 1,6 | 1,4 | 0,8 | 1,1 | | 51,1 | 50,6 | 49,4 | 47,8 | |
| Slowakei | | | | | | | | | | | | | | | |
| Programm 2005 | 5,5 | 5,1 | 5,4 | 6,1 | 5,6 | -3,2 | -4,1 | -2,9 | -1,6 | -1,3 | 42,6 | 33,7 | 35,5 | 35,2 | 36,2 |
| KOM Herbst 2005* | 5,5 | 5,1 | 5,5 | 6,3 | | -3,1 | -4,1 | -3,0 | -2,5 | | 42,5 | 36,7 | 38,2 | 38,5 | |
| Dänemark | | | | | | | | | | | | | | | |
| Programm 2005 | 2,0 | 2,4 | 2,4 | 1,1 | 1,6 | 1,3 | 2,7 | 2,1 | 2,2 | 1,7 | 42,3 | 35,6 | 31,7 | 28,9 | 26,5 |
| KOM Herbst 2005* | 2,1 | 2,7 | 2,3 | 2,1 | | 2,9 | 3,7 | 3,0 | 2,7 | | 43,2 | 36,0 | 33,0 | 31,5 | |
| Litauen | | | | | | | | | | | | | | | |
| Programm 2005 | 7,0 | 7,0 | 6,0 | 5,3 | 6,8 | -1,4 | -1,5 | -1,4 | -1,3 | -1,0 | 19,5 | 19,2 | 19,9 | 19,8 | 18,9 |
| KOM Herbst 2005* | 7,0 | 7,0 | 6,2 | 5,8 | | -1,4 | -2 | -1,8 | -1,6 | | 19,6 | 20,7 | 20,2 | 19,6 | |
| Lettland | | | | | | | | | | | | | | | |
| Programm 2005 | 8,5 | 8,4 | 7,5 | 7,0 | 7,0 | -1,0 | -1,5 | -1,5 | -1,4 | -1,3 | 14,7 | 13,1 | 14,9 | 13,6 | 13,7 |
| KOM Herbst 2005* | 8,3 | 9,1 | 7,7 | 7,1 | | -0,9 | -1,2 | -1,5 | -1,5 | | 14,7 | 12,8 | 13,0 | 13,2 | |
| Slowenien | | | | | | | | | | | | | | | |
| Programm 2005 | 4,2 | 3,9 | 4,0 | 4,0 | 3,8 | -2,0 | -1,7 | -1,7 | -1,4 | -1,0 | 29,5 | 29,0 | 29,6 | 29,8 | 29,4 |
| KOM Herbst 2005* | 4,2 | 3,8 | 4,0 | 4,2 | | -2,1 | -1,7 | -1,9 | -1,6 | | 29,8 | 29,3 | 29,5 | 29,2 | |
| Estland | | | | | | | | | | | | | | | |
| Programm 2005 | 7,8 | 6,5 | 6,6 | 6,3 | 6,3 | 1,7 | 0,3 | 0,1 | 0,0 | 0,0 | 5,4 | 4,6 | 4,4 | 3,3 | 3,0 |
| KOM Herbst 2005* | 7,8 | 8,4 | 7,2 | 7,4 | | 1,7 | 1,1 | 0,6 | 0,4 | | 5,5 | 5,1 | 4,0 | 3,1 | |
| Zypern | | | | | | | | | | | | | | | |
| Programm 2005 | 3,8 | 4,1 | 4,2 | 4,2 | 4,2 | -4,1 | -2,5 | -1,9 | -1,8 | -1,2 | 71,3 | 70,5 | 67,0 | 64,0 | 56,9 |
| KOM Herbst 2005* | 3,8 | 3,9 | 4,0 | 4,2 | | -4,1 | -2,8 | -2,8 | -2,4 | | 72,0 | 70,4 | 69,1 | 67,4 | |
| Malta | | | | | | | | | | | | | | | |
| Programm 2005 | 0,2 | 0,9 | 1,1 | 1,2 | 2,0 | -5,1 | -3,9 | -2,7 | -2,3 | -1,2 | 76,7 | 76,7 | 70,8 | 68,9 | 67,3 |
| KOM Herbst 2005* | 0,4 | 0,8 | 0,7 | 1,1 | | -5,1 | -4,2 | -3,0 | -2,5 | | 75,9 | 77,2 | 77,4 | 77,1 | |
| EU25 | | | | | | | | | | | | | | | |
| KOM Herbst 2005* | 2,4 | 1,5 | 2,1 | 2,4 | | -2,6 | -2,7 | -2,7 | -2,7 | | 63,4 | 64,1 | 64,2 | 64,3 | |

* Herbstprognose der EU-Kommission, November 2005

